

**VERMERK**

---

der	des Präsidiums
für	den Konvent

---

<u>Betr.:</u>	<b>Vorschlag für das Vorgehen in Bezug auf den Euratom-Vertrag</b>
---------------	--

---

1. Nach Feststellung des Präsidiums ist in der Erklärung von Laeken, die den Rahmen für die Arbeiten des Konvents bildet, weder eine Aussage in Bezug auf den Euratom-Vertrag enthalten noch werden dort spezifische Fragen im Zusammenhang mit den vom Euratom-Vertrag erfassten Bereichen aufgeworfen. Allerdings sind in einigen schriftlichen Beiträgen zu diesem Vertrag<sup>1</sup> auch Vorschläge für inhaltliche Änderungen enthalten, während andere Konventsmitglieder sich gegen jede Initiative zur Revision des Vertrags in der Sache ausgesprochen haben.
2. In Anbetracht des Mandats des Konvents sowie des Zeitplans für den Konvent gibt es nach Ansicht des Präsidiums keine Grundlage dafür, dass der Konvent damit beginnt, den Euratom-Vertrag in der Substanz zu ändern, noch hält das Präsidium dies für zweckmäßig.

---

<sup>1</sup> Siehe insbesondere die schriftlichen Beiträge vom 14. Oktober 2002 von Herrn Hänsch (CONV 344/02), vom 22. Oktober 2002 von den Herren Farnleitner, Einem und Bösch (CONV 358/02) und allgemein vom 12. Juli 2002 von Herrn Hänsch und anderen (CONV 189/02, S. 5) sowie vom 11. Dezember 2002 von den Herren Borrell, Carnero und López Garrido (CONV 455/02, S. 26). Siehe ferner die Beiträge von Frau Marie Nagy und Frau Renée Wagner sowie von Herrn Neil MacCormick (CONV 563/03 vom 18. Februar 2003).

3. Wie in der Erklärung von Laeken hervorgehoben wird, gelten für die Union jedoch vier Verträge, so dass auf die Frage eingegangen werden sollte, wie mit dem Euratom-Vertrag zu verfahren ist.
4. Die vom Konvent ins Auge gefassten materiellrechtlichen Änderungen der Vorschriften über die Organe und der Finanzvorschriften der Union im Rahmen des Verfassungsvertrags haben zur Folge, dass die betreffenden Bestimmungen im Euratom-Vertrag nicht unverändert beibehalten werden können, sondern vielmehr entsprechend angepasst werden müssen.
5. Das Präsidium hat die möglichen Optionen für eine Anpassung des Euratom-Vertrags an die neuen Verfassungsbestimmungen geprüft. Es stehen folgende Optionen zur Verfügung:
  - a) Einbeziehung des Euratom-Vertrags in den Verfassungsvertrag (in den Teil II oder in ein Protokoll);
  - b) Änderung des Euratom-Vertrags, der als eigenständiger Vertrag weiterbestehen würde. Hierbei kommen zwei Unteroptionen in Betracht:
    - i) Die Anpassung erfolgt durch einen gesonderten, vom Verfassungsvertrag unabhängigen Vertrag oder
    - ii) die Anpassung erfolgt durch ein Protokoll, das dem Verfassungsvertrag beigelegt wird.

Das Präsidium hält die letztere Vorgehensweise, nämlich die Anpassung des Euratom-Vertrags durch ein der Verfassung beizufügendes Protokoll, für das geeignetste Verfahren.

6. In rechtstechnischer Hinsicht schlägt das Präsidium vor, hierzu eine Generalklausel zu verwenden, mit der auf den Verfassungsvertrag verwiesen wird. Diese Generalklausel würde bewirken, dass der gesamte Titel III (Vorschriften über die Organe) sowie nahezu der gesamte Titel IV (Finanzvorschriften) mit Ausnahme der Artikel 134, 135, 144, 145, 171, 172, 174 und 176, die spezifische Bestimmungen des Euratom-Vertrags enthalten, aufgehoben werden. Sie könnte wie folgt lauten:

*"Artikel 107*

*Unbeschadet der spezifischen Bestimmungen in den Artikeln 134, 135, 144, 145, 171, 172, 174 und 176 gelten die Vorschriften über die Organe und die Finanzvorschriften des Vertrags über eine Verfassung für Europa (Artikel XX bis ZZ) sowie dessen Artikel 45<sup>1</sup> auch für den vorliegenden Vertrag<sup>2</sup>".*

7. Durch Rückgriff auf dieses rechtstechnische Instrument könnten ferner alle früheren Verträge (Einheitliche Akte, Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza) aufgehoben werden, womit der in der Erklärung von Laeken enthaltene Forderung nach Vereinfachung entsprochen würde. Hierzu bräuchten in das Protokoll nur vier zusätzliche Bestimmungen aufgenommen zu werden, um die mit den genannten Verträgen eingeführten Änderungen – mit Ausnahme der Änderungen an den Titeln III und IV des Euratom-Vertrags – wieder aufzunehmen<sup>3</sup>.

(Der mögliche Wortlaut eines solchen Protokolls ist vorbehaltlich einer endgültigen Formulierung als Orientierungsrahmen in der Anlage wiedergegeben.)

---

<sup>1</sup> Entspricht Artikel 309 EGV und Artikel 204 EAGV zu Sanktionen.

<sup>2</sup> Diese Bestimmung ist an Artikel 41 EUV angelehnt.

<sup>3</sup> Diese Änderungen betreffen Artikel 190 (Regelung der Sprachenfrage - Nizza) sowie Artikel 198 (Buchstabe a), wonach der Euratom-Vertrag auf die Färöer keine Anwendung findet, Artikel 201, der die Beziehungen zur OECD betrifft, und Artikel 206, der sich auf die Assoziationsabkommen bezieht (alle Änderungen gehen auf den Vertrag von Maastricht zurück).

8. Durch eine derartige Änderung würde die Rechtsnatur des Euratom-Vertrags nicht verändert; er wäre weiterhin dem Primärrecht zuzurechnen. Der Umstand, dass der Euratom-Vertrag als gesonderter Vertrag bestehen bleibt, steht einer möglichen Verschmelzung der Rechtspersönlichkeiten der Europäischen Atomgemeinschaft und der Europäischen Union nicht entgegen. Hierzu müsste in den Bestimmungen zur Änderung des Euratom-Vertrags
- ausdrücklich festgelegt werden, dass im Euratom-Vertrag das Wort "Gemeinschaft" durch die Wörter "Europäische Union" (oder die vom Konvent letztlich gewählte Bezeichnung) zu ersetzen ist;
  - angegeben werden, dass die Union als Rechtsnachfolger der "Europäischen Atomgemeinschaft" gilt und diese ersetzt;
  - erwähnt werden, dass die Bestimmung, mit der der Union ausdrücklich Rechtspersönlichkeit zuerkannt wird, auf den Euratom-Vertrag Anwendung findet;
  - Artikel 184 des Euratom-Vertrags aufgehoben werden, wonach die Europäische Atomgemeinschaft Rechtspersönlichkeit besitzt.
9. Die Verschmelzung der Rechtspersönlichkeiten bedeutet, dass die von der Kommission gemäß Artikel 101 EAGV geschlossenen Abkommen die Union binden. Werden die Rechtspersönlichkeiten nicht miteinander verschmolzen, würden die betreffenden Abkommen von der Europäischen Atomgemeinschaft geschlossen. Dritte Staaten oder internationale Organisationen müssten so je nach Sachbereich Abkommen gegebenenfalls mit der Europäischen Union oder mit der Europäischen Atomgemeinschaft schließen. Dies wäre zwar rechtlich durchaus möglich, stünde aber sicherlich im Widerspruch zur Absicht des Konvents, eine Vereinfachung vorzunehmen.
10. Falls der Konvent mit der vom Präsidium empfohlenen Vorgehensweise einverstanden ist, würde diese dem Europäischen Rat unterbreitet. Letzterer wird auf jeden Fall in vollem Umfang über die sonstigen in den Beiträgen der Konventsmitglieder\$ enthaltenen Vorschläge unterrichtet werden.

**ELEMENTE FÜR DIE ABFASSUNG EINES GESONDERTEN VERTRAGS ODER EINES  
PROTOKOLLS ZUR ÄNDERUNG DES EURATOM-VERTRAGS  
(Aufhebung der Titel III und IV und Ersetzung durch eine allgemeine Verweisklausel) <sup>1</sup>**

Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift des Titels III "Vorschriften über die Organe" erhält folgende Fassung:

"Vorschriften über die Organe und Finanzvorschriften".

2. Die Artikel 107 bis 170 werden durch folgenden Text ersetzt:

"Artikel 107

Unbeschadet der spezifischen Bestimmungen in den Artikeln 134, 135, 144, 145, 171, 172, 174 und 176 gelten die Vorschriften über die Organe und die Finanzvorschriften des Vertrags über eine Verfassung für Europa (Artikel XX bis ZZ) sowie dessen Artikel 45 <sup>2</sup> auch für den vorliegenden Vertrag <sup>3</sup>."

3. Die Überschrift des Titels IV "Finanzvorschriften" erhält folgende Fassung:

"Besondere Finanzvorschriften".

---

<sup>1</sup> Es wird vorgeschlagen, dass die technische Arbeit insbesondere zur Aufhebung der bestehenden Verträge von den drei Juristischen Diensten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission auf der Grundlage des hier vorgeschlagenen Schemas vorgenommen wird.

<sup>2</sup> Entspricht Artikel 309 EGV und Artikel 204 EAGV (Sanktionen).

<sup>3</sup> Diese Bestimmung ist an Artikel 41 EUV angelehnt.

4. Die Artikel 173, 175 und 177 bis 183A werden aufgehoben.

***Damit die Einheitliche Akte und die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza aufgehoben werden können, müssen außerdem noch die mit diesen Verträgen eingeführten Änderungen wieder aufgenommen werden:***

5. Artikel 190 erhält folgende Fassung:

*"[Wortlaut entsprechend dem Vertrag von Nizza]"*.

6. Artikel 198 wird wie folgt geändert: ... *[siehe Änderung im Vertrag von Maastricht]*.

7. Artikel 201 wird wie folgt geändert: *[idem]*.

8. Artikel 206 wird wie folgt geändert: *[idem]*.

---